



Vier Jahre für DIE LINKE im Bundestag

Eine Bilanz von Paul Schäfer
*Abrüstungs- und verteidigungspolitischer
Sprecher der Fraktion DIE LINKE*

paul.schaefer@bundestag.de
www.paulschaefer.info

Büro Berlin:
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030-227-74180
Fax: 030-227-76180

Büro Bonn:
Vorgebirgsstraße 24
53111 Bonn
Tel.: 0228-18468904
Fax: 0228-18468905

Vier Jahre für DIE LINKE im Bundestag

Eine Bilanz

Das Ergebnis der letzten Bundestagswahl war für die etablierten Parteien ein Betriebsunfall. Die Hartz-IV-Proteste, die Bildung der WASG, die öffentliche Wirkung des Zusammengehens von Gysi und Lafontaine, all dies – so hofften sie – würde bald vorübergehen. Und sie könnten wieder in Ruhe ihren Geschäften im Dienst des großen Kapitals nachgehen. Daraus ist nichts geworden. Die LINKE ist ein stabiler und weiter wachsender Faktor hierzulande geworden.

Die LINKE im Bundestag hat viel erreicht. Ohne uns hätte es keine Mindestlohn-Debatte gegeben, ohne uns hätte die Regierung keine Korrekturen bei Mindestlöhnen und Hartz IV beschlossen, ohne uns wäre die Begrenzung des Reichtums nach wie vor ein Tabu. Die jetzigen Maßnahmen gegen die Krise (Konjunkturpaket etc.) werden von der Not, etwas tun zu müssen, diktiert. Aber auch die Angst vor einer weiteren Stärkung der Linken schwingt mit.

Wir haben als Bundestagsabgeordnete unseren Teil dazu beigetragen, dass die Frage der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Teilhabe wieder auf die Tagesordnung gekommen ist: Weil wir Solidarität mit jenen praktiziert haben, die sich gegen Dumpinglöhne, gegen Ausgrenzung und Kapitalmacht zur Wehr gesetzt haben, weil wir im Parlament denen eine Stimme gegeben haben, die sonst missachtet und vernachlässigt werden, weil wir viele Vorschläge entwickelt haben, wie dieses Land sozialer, umweltbewusster und demokratischer werden kann.

Für Frieden & Abrüstung

Noch vor der förmlichen Konstituierung der neuen Fraktion Die LINKE kommen unsere Abgeordneten zusammen und diskutieren, was anlässlich der anstehenden Verlängerung des Bundeswehr-Mandats für den Einsatz in Afghanistan getan werden sollte. Die Parlamentsarbeit beginnt mit einer Aktion: Am 28. September 2005 entrollen zahlreiche Abgeordnete der LINKEN gemeinsam mit Friedensaktivisten vor dem Reichstag das Spruchband: „Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt! Bundeswehr abziehen!“ Drinnen sind die Ja-Sager-Parteien erstmals mit unserem klaren NEIN zum Krieg in Afghanistan konfrontiert. Wie sehr die anderen Parteien

ob der neuen Fraktion nervös geworden sind, sollte sich schnell zeigen. In einem Presse-Gespräch über den Afghanistan-Einsatz hatte ich auch das Kommando Spezialkräfte angesprochen, was mir in dieser Sitzung heftige Vorwürfe der anderen Parteien („Geheimnisverrat“) eintrug. Ja, man war nicht mehr unter sich. Später werden wir auch im Plenum des Bundestages selbst gegen die Entsendung der Tornado-Flugzeuge nach Afghanistan protestieren. Wir geben dem Widerstand in diesem Hohen Hause auf ungewöhnliche Art ein Gesicht: „77% sagen NEIN – wir auch“.

Das sollte ein roter Faden meiner Arbeit als Sprecher im Verteidigungsausschuss und Sprecher im Unterausschuss für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung werden:

- die entschiedene Ablehnung der deutschen Beteiligung an Krieg und Militärinterventionismus im Bundestag,
- die Mobilisierung von Öffentlichkeit und Friedensbewegung gegen diese Militäreinsätze,
- die Aufklärung über die Tatsachen und Hintergründe der Bundeswehr-Operationen, d.h. die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle.

Nach jetzt dreieinhalb Jahren kann gesagt werden, dass Links auch in punkto Frieden und Abrüstung wirkt, wenn nicht unmittelbar, so doch mittelbar. Entscheidungen über die Entsendung der Bundeswehr können nicht mehr einfach durchgewinkt werden, die Öffentlichkeit ist kritischer und sensibler geworden, die herrschenden Parteien müssen sich mit unseren Argumenten auseinandersetzen. Das Nachdenken, bisweilen auch Umdenken, hat begonnen. Abrüstung war bis vor kurzem ein Nicht-Thema. Jetzt ist sie wieder im Gespräch – weil der Kriegsfanatiker Bush weg ist, aber auch weil wir beharrlich diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Für mich ist damit klar: Wir können etwas erreichen, wenn wir größtmögliche Öffentlichkeit herstellen, wenn wir uns mit allen Friedenskräften eng verbinden, wenn wir den Dialog mit relevanten gesellschaftlichen Gruppen führen und wenn wir für die Bürgerinnen und Bürger und ihre Anliegen ansprechbar sind.

Deutschland atomwaffenfrei!



Unser erster Antrag aus dem Bereich Internationale Politik forderte den Abzug der US-Atomwaffen von deutschem Boden und die Aufkündigung der nuklearen Teilhabe durch die Bundesrepublik Deutschland. In meiner Erstlingsrede im Bundestag bezeichnete ich diesen Punkt als *Ceterum Censeo* meiner künftigen Arbeit. Das gilt weiterhin. Wir sind fortlaufend an diesem Thema drangeblieben. Dabei geht es um parlamentarische Aktivitäten (Kleine Anfragen, Schriftliche Fragen, Besuch des Atomwaffenlagers, Befassung im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtweiterverbreitung, Mitgliedschaft in der Internationalen Vereinigung der Parlamentarier für nukleare Abrüstung PNND), wie um die Förderung der Anti-Atom-Bewegung gleichermaßen. Die sehr wichtige und wunderbare Demonstration letzten September am Standort Büchel/Eifel, sollte uns alle ermutigen, noch viel mehr für den Abzug und die Verschrottung dieser Terrorwaffen zu tun.

Nur durch die vollständige und allgemeine atomare Abrüstung kann auch die Gefahr gebannt werden, dass sich die Zahl der Kernwaffenmächte immer weiter erhöht. In diesem Zusammenhang habe ich mich intensiver mit der Iran-Frage beschäftigt. Einerseits ging es ja darum, einen militärischen Angriff auf den Iran zu verhindern, andererseits um die Erarbeitung von Vorschlägen, wie der Konflikt konkret gelöst

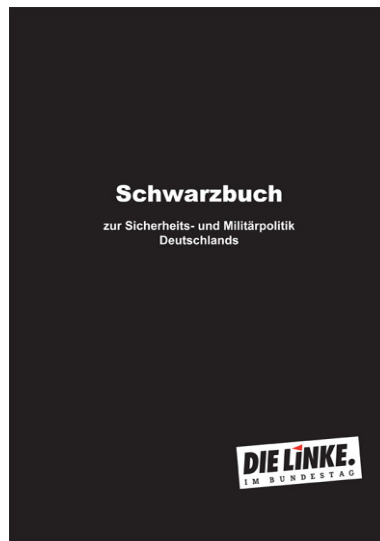
werden kann. Dazu haben wir als Obleute des Unterausschusses Abrüstung in Teheran Gespräche mit Regierungs- und Oppositionsvertretern, aber auch mit Vertretern/Vertreterinnen der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft geführt. Zudem habe ich zwei Studien erarbeiten lassen, die bestätigt haben, dass es Auswege aus der Krise gibt, wenn man denn will.

NEIN zu Bundeswehrein-sätzen „out-of-area“

Die Auseinandersetzung mit den Bundeswehrein-sätzen sollte zum absoluten Schwerpunkt meiner/unsere Arbeit werden: Deutsche Beteiligung am Anti-Terrorkrieg in Afghanistan und am Horn von Afrika, der ISAF-Einsatz in Afghanistan, die Fortsetzung der militärischen Präsenz auf dem Balkan (v.a. KFOR im Kosovo), hinzu kamen neue militärische Operationen vor der Küste des Libanon (UNIFIL), in der DR Kongo und zuletzt der Marine-Einsatz der Europäischen Union gegen Piraten vor Somalia. Ideologisch-konzeptionell wurde dieser Kurs von der Bundesregierung mit der Veröffentlichung des Weißbuchs zur Sicherheitspolitik unterfüttert: Die Marschrichtung lautete „globale Interessendurchsetzung durch militärischen Interventionismus“. Immer ging es also darum, sich dem „Main-Stream“ der Kriegs- bzw. Militärbefürworter in den anderen Parteien entgegenzustellen – was ich in den Bundestagsreden zu diesen Interventionen auch getan habe – sowie darum, unsere Positionen in eine größere Öffentlichkeit zu tragen und die außerparlamentarischen Gruppen und Netzwerke zu unterstützen. Aus



diesem Grund habe ich auch kurz nach Veröffentlichung des Weißbuchs im November 2006 die Ge- genkonferenz „Das Weißbuch – Kritische Analysen und linke Alternativen“ organisiert, die breiten Zuspruch gefunden hat. Danach wurde die Idee eines „Schwarzbuches zur Militär- und Sicherheitspolitik“ umgesetzt, die der Friedensbewegung eine Plattform für die kritische Analyse bot und inzwischen eine weite Verbreitung gefunden hat. Zusammen mit Wolfgang Gehrcke habe ich in dem Einleitungsbeitrag Grundzüge unserer Außen- und Friedenspolitik skizziert. In der Zeitschrift Welttrends habe ich diese Überlegungen fortgeführt.



Im Mittelpunkt der politischen Arbeit stand Afghanistan. Obwohl sich dank der NATO-Militärintervention die Situation für die afghanische Bevölkerung kontinuierlich verschlechterte, verkündete die Regierungspropaganda kontinuierlich ein Festhalten an der militärischen Eskalationsstrategie. Hier waren Gegeninformationen notwendig. Ich habe mich zweimal vor Ort informiert (2006, 2008). Im Rahmen des zuständigen Fraktions-Arbeitskreises haben wir am 23. Juni 2007 eine Experten-Anhörung durchgeführt, durch zahlreiche parlamentarische Anfragen und „Briefing-Papiere“ (zu AWACS, Tornados, Quick Reaction Force, Ausdehnung des Bundeswehr-Engagements in den Süden Afghanistans, Polizeiaufbau) konnte ich dazu beitragen, Fraktion, Partei, Friedensinitiativen und Journalistinnen/Journalisten über die militärische Eskalation am Hindukusch zu informieren – vieles davon fand auch seinen Weg in die Öffentlichkeit und genau dies verstehe ich als wesentlichen Bestandteil linker Parlamentsarbeit.

Auch zu anderen „Einsatzgebieten“ konnte ich die Position der Bundestagsfraktion vortragen. So zum Kongo-Einsatz der Bundeswehr im Jahre 2007, mit dem die EU als militärische Macht etabliert werden sollte. Dabei konnte ich das Unbehagen vieler Menschen – auch in der Bundeswehr – an dieser vor allem machtpolitisch motivierten Intervention verstärken.

Gegen den jüngsten Einsatz der Marine am Horn von Afrika zur Piratenbekämpfung haben wir klar

Stellung bezogen und nicht-militärische Alternativen formuliert. Daran war ich maßgeblich beteiligt.

Von zentraler Bedeutung für linke Parlamentsarbeit ist die Unterstützung außerparlamentarischer Aktivitäten gegen Krieg und Militarismus. Nicht zuletzt auf meine Initiative hin, haben wir vor zwei Jahren einen „Runden Tisch“ mit den überregionalen Einrichtungen der Friedensbewegung gegründet, der inzwischen zum festen Bestandteil unserer Arbeit gehört. Dort habe ich 2007 angeregt, eine bundesweite Demonstration gegen die Mandatierung der Bundeswehr-Einsätze in Afghanistan im Bundestag durchzuführen. Dieser Vorschlag wurde aufgegriffen. Die Friedenslok aus NRW zu dieser Demo im September 2007 in Berlin habe ich unterstützt und auf dieser Demo geredet. Seit einiger Zeit halte ich Kontakt zur Afghanischen Friedensjirga, die im Lande selbst gegen Krieg und militärische Besetzung eintritt.

Im Verlauf meiner Arbeit wurde immer deutlicher, wie schwach die parlamentarische Kontrolle über die Auslandseinsätze ausgeprägt war. Insbesondere die Verbindung des US-amerikanischen „Krieg gegen den Terror“ mit dem Afghanistaneinsatz machte das Kontrolldefizit immer deutlicher.

Im Frühjahr 2006 konnte ich aufgrund von Anfragen enthüllen, in welchem Umfang die Bundeswehr im Jahre 2003 den Aufmarsch der US-geführten Militärallianz beim völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak unterstützt hat. Damit war amtlich, dass die rot-grüne Bundesregierung nicht nur passiv – in Form von Überflugrechten und Entlastung der US-Truppen anderweitig – am Irak-Krieg beteiligt war, sondern auch einen eigenen militärischen Beitrag leistete. Verständlich, dass diese Sache einige Wellen schlug.

Ich unterstützte außerdem die Aufklärung über die Nutzung des deutschen Luftraums für Verschleppungsflüge und über die Zustände auf dem US-Militärstützpunkt in Bagram.

Zwischen Januar 2007 und September 2008 tagte der Untersuchungsausschuss zum Fall Murat Kurnaz und Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr (KSK). Es war eine zeitintensive und zähe



Angelegenheit, da die anderen, der Bundeswehr verpflichteten Parteien entweder nur begrenztes oder gar kein Aufklärungsinteresse hatten. Dass die Regierung im Zweifelsfall mauern würde, war zu erwarten. Als Berichterstatter für die Fraktion Die LINKE konnte ich dabei mithelfen, dass wir wenigstens teilweise etwas Licht in die Angelegenheit bringen konnten. Unser sehr ausführlicher Abschlussbericht hält Einiges davon fest.

Gegen NATO und EU-Militärunion

Die Akteure der neuen Aufrüstung, der neuen Kriege sind vor allem die Nordatlantische Allianz, aber auch in zunehmendem Maße die Europäische Union. In Kürze will die NATO ihr sechzigjähriges Jubiläum feiern. Wir wollen die NATO, die sich heute als globales Interventionsbündnis versteht, auflösen und die Entwicklung der EU zu einem neuen militärischen Machtzentrum zurückdrehen. Ich habe zusammen mit anderen Kolleginnen/Kollegen auf dem Runden Tisch mit der Friedensbewegung vorgeschlagen, den NATO-Gipfel mit starken Protesten und einem inhaltlichen Gegengipfel zu begleiten. Seit etwa einem halben Jahr ist diese Mobilisierung ein wichtiger Punkt meiner Arbeit. Dabei ging es um: Mithilfe bei Ausarbeitungen der Fraktion, Erstellung eines Antrages, Unterstützung der 2. Friedenslok, zahlreiche Diskussionsveranstaltungen, usw. Ich habe darüber hinaus zwei Studien in Auftrag gegeben und in die Öffentlichkeit gebracht, die sich mit Alternativen zur NATO und zur Aufrüstungspolitik beschäftigen. Der Kampf gegen den NATO-Interventionismus wird auch nach dem 4. April weitergehen.

US-Stützpunkte auflösen



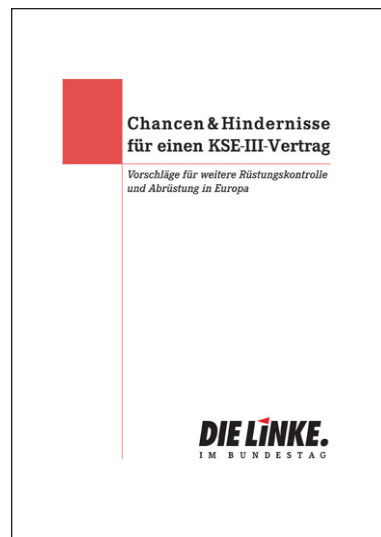
Krieg geht immer noch täglich von deutschem Boden aus: Die Kriege der USA im Irak, in Afghanistan oder anderswo sind undenkbar ohne die Drehscheibenfunktion, die heute die Military Base der Amerikaner in Ramstein/Pfalz hat. Auch der Stützpunkt in Spang-

dahlem sollte erwähnt werden, oder Grafenwöhr in Bayern. Ich habe dazu einen genaueren Überblick erarbeitet und genauer untersucht, wie eine Auflösung dieser Militärstandorte zu erreichen ist. Diese Studie hat einen breiten Widerhall gefunden, die Wochenzeitung „Freitag“ veröffentlichte Auszüge daraus, ich habe sie auf einem Friedensratschlag in Kassel vorgestellt und darüber auch bei den Friedensgruppen vor Ort referiert. Viele von uns haben den Ramsteiner Appell unterzeichnet; die Kooperation mit diesen Initiativen bleibt weiter wichtig. Gemeinsam mit Alexander Ulrich und Norman Paech habe ich mich zur Unterstützung eines Klageverfahrens gegen die US-Streitkräfte für die Erstellung eines Rechtsgutachtens eingesetzt.

Abrüstung jetzt! Bildung statt Bomben!

Die Verabschiedung des Bundeshaushaltes gilt als wichtigstes Recht des Parlaments. Der Rüstungshaushalt ist der drittgrößte Einzeletat. Mit 31,3 Mrd. Euro (von den 288,4 Mrd. Euro des gesamten Staatshaushalts) werden etwa 10,8% der Steuergelder für das Militär ausgegeben Die kritische Auseinandersetzung mit dem Wehretat ist daher Pflicht.

Spätestens seit Mitte der neunziger Jahre erleben wir hierzulande eine umfassende Modernisierung der Streitkräfte, also: qualitative Aufrüstung. Die Bundeswehr wird zu einer global interventionsfähigen „Armee im Einsatz“ umgebaut. Dafür werden zwar weniger Soldaten als in früheren Zeiten benötigt, aber dafür extrem aufwändige und superteure Waffensysteme, wie z.B. die Fregatte 125, der Militärtransporter A 400M, der Eurofighter, der Schützenpanzer Puma und das Raketenabwehrsystem MEADS) Für die Militäreinsätze hat die Bundesrepublik seit 1994 ca. 10 Mrd. Euro ausgegeben. Alleine die Beschaffung der oben angeführten Waffensysteme verschlingt die Wahnsinnssumme von 42 Mrd. Euro! DIE LINKE stemmt sich gegen diesen neuerlichen Rüstungswahn. Wir haben uns kritisch mit diesen Beschaffungsprogrammen und der staatlichen Rüstungspolitik beschäftigt und konkrete Alternativen vorgelegt. Wir haben u.a. ge-



fordert, diese Großprojekte zu beenden, um damit allein für das Haushaltsjahr 2009 ein Volumen von 3,0 Mrd. Euro (=10%) einzusparen. Wir wollen diese Mittel stattdessen für die Konversion der Streitkräfte, für Entwicklungs- und Sozialprogramme ausgeben.

Wir erleben also, was die konventionelle Abrüstung in Europa betrifft, seit Jahren das genaue Gegenteil. Es wird aufgerüstet. Das Abkommen über die Reduzierung von Waffen und Soldaten (KSE-Vertrag), das am Ende der Ost-West-Konfrontationsära vereinbart wurde, liegt auf Eis. Um einen Denkanstoß zu geben, habe ich eine kritische Bestandsaufnahme erarbeiten lassen, die in Vorschläge zu neuen Abrüstungsvereinbarungen gemündet ist. Eine Reduzierung der vorhandenen Waffenbestände und der Personalstärke der Armeen um zunächst ein Drittel wäre demnach problemlos möglich.

Neue Waffenobergrenzen sind das eine, konkrete Abrüstungsmaßnahmen und Verbote für Waffen, die derzeit jeden Tag Menschen töten, sind das andere. Zuvorderst geht es mir um die Ächtung von Streumunition. Daher haben wir das Abkommen von Oslo begrüßt, das die Unterzeichner-Staaten verpflichtet, ihre Bestände auszumustern und wir haben die Schlupflöcher, die der Vertrag auch noch enthält, kritisiert. Ich bin in dieser Angelegenheit parlamentarisch aktiv geworden (wie auch bei der uranhaltigen Munition, die ebenso verschwinden muss), habe an einer Parlamentarier-Konferenz in Paris teilgenommen und die sehr aktiven NGO's durch Aufrufe, Presseerklärungen und Fragen im Parlament in ihrem Engagement unterstützt. Darüber hinaus habe ich auch versucht, die Aufmerksamkeit auf andere Bereiche der derzeitigen Kriegführung zu lenken, die dringendes Handeln erfordern, z.B. im November 2005 der Einsatz von Phosphor-Munition oder jüngst der Einsatz von weniger tödlichen Waffen. Gemeinsam mit den Initiatoren der Hamburger Erklärung

unterstützte ich zudem ein Verbot der Kriegführung in urbanen Gebieten.

Rüstungsexporte stoppen

Rüstungsexporte erscheinen hierzulande gerne als rein geschäftlicher Vorgang. Dass mit diesen Waffen aber Menschen getötet, Werte vernichtet werden, übersieht man geflissentlich. Auch dass sie zur Verschärfung von Spannungen in Krisenregionen beitragen und von despotischen Regimes zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft genutzt werden, muss immer wieder gesagt werden. Daher ist unsere Haltung klar: Wir wollen die Rüstungsexporte stoppen. Im ersten Schritt geht es um deren Drosselung und um die Verhinderung der Lieferung von Waffen in Spannungsgebiete. Daher waren wir aktiv gegen die U-Boot-Lieferungen an Israel und Pakistan, auch die Versuche, den Eurofighter nach Indien zu verkaufen, haben wir kritisch angesprochen. Ergänzend dazu fordern wir ein Ende von HERMES-Bürgschaften für Waffenausfuhren und ein Stopp der Überlassung von Waffen aus Bundeswehrbeständen an andere Staaten.

Zumindest drei Dinge konnte ich erreichen:

Nach langer Zeit hat der Bundestag endlich wieder ausführlich über die Rüstungsexportberichte der Bundesregierung diskutiert. Dort habe ich im Dezember 2008 unsere Positionen verdeutlichen können.

Wir haben zugleich ein wenig mitgeholfen (durch Materialien, parlamentarische Anfragen und durch Pressearbeit), die Aufmerksamkeit der Fachöffentlichkeit auf neuere Entwicklungen der Rüstungsexportpolitik zu lenken: Die Lieferungen von Komplettsystemen nimmt in der Bedeutung gegenüber Blaupausen, Lizenzen, Komponenten ab, gerade hier ist die Bundesrepublik aber relevant. Und die ausufernde Praxis der



Sammelausfuhrgenehmigungen trägt dazu bei, dass Parlament und Öffentlichkeit in Unwissenheit gehalten und getäuscht werden können.

Last but not least ist Die LINKE inzwischen zu einem relevanten Gesprächspartner für solche rüstungskritischen Initiativen wie Gesprächskreis Kirche und Entwicklung (GKKE), Rüstungsinformationsbüro (RIB), Deutsches Aktionsnetz Kleinwaffen stoppen (DAKS), Berliner Informationszentrum Transatlantische Sicherheit (BITS), landmine.de, Oxfam und andere geworden ist. Wir haben mit unseren Kleinen Anfragen und Anträgen die Arbeit dieser rüstungsexportkritischen Verbände bzw. Initiativen unterstützt und uns in der Öffentlichkeit für ihre Anliegen und Ziele eingesetzt.

Wehrpflicht aufheben

Die Abschaffung der Wehrpflicht ist vielerorts ein Lippenbekenntnis. Dagegen ist DIE LINKE die einzige Fraktion, die beharrlich und systematisch die Zahlen in diesem Bereich abfragt, dokumentiert und kritisch kommentiert. Ich habe dadurch sehr genau belegen können, dass die heutige Praxis der Einberufungen extrem ungerecht ist. Damit kam zugleich ans Tageslicht, dass das Bundesministerium der Verteidigung alles versucht, um mit manipulierten und schöngefärbten Zahlen diesen Zwangsdienst aufrechtzuerhalten.

Die Gruppen, wie die Zentralstelle KDV oder die Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung Berlin, die DFG/VK und andere, in ihrer Arbeit zu unterstützen, ist mir als altem Kriegsdienstverweigerer sehr wichtig. Zugleich können die so bereitgestellten Informationen von Betroffenen vor Gericht genutzt werden. Zuletzt hat das Verwaltungsgericht Köln in zwei Verfahren Klägern Recht gegeben, und hat damit unterstrichen, dass die jetzige Praxis ungerecht und verfassungsrechtlich mehr als zweifelhaft ist. Das Gericht hat sich dabei im Wesentlichen auf die Ergebnisse unserer parlamentarischen Initiativen gestützt. Damit wird der Druck erhöht, die Wehrpflicht auf den Prüfstand zu stellen und deren Abschaffung in die Wege zu leiten.

In jüngerer Zeit haben wieder einige junge Menschen den Wehrdienst total verweigert und sind von der Bundeswehr dafür zum Teil hart bestraft worden. Ich habe mich bei den Standortkommandanten, den Vorgesetzten, aber vor allem gegenüber dem Verteidigungsministerium (BMVg) für die Totalverweigerer eingesetzt und den Wehrbeauftragten auf die jeweiligen Fälle und die Problematik aufmerksam gemacht.

In einem konkreten Fall konnte zur Arrestverkürzung eines Verweigerers beigetragen werden. Ich habe diese Problematik auch in den Verteidigungsausschuss hineingetragen und konnte dadurch eine stärkere Sensibilisierung selbst in den anderen Fraktionen dafür erreichen, dass die Doppelbestrafung dieser jungen Menschen (Zivilgericht und Wehrgerichtsbarkeit) unangemessen und unsinnig ist. Jüngst verlaute aus dem Ministerium, über Korrekturen werde nachgedacht.

Militarismus bekämpfen

Die Militarisierung der Außenpolitik ist die eine Seite der Medaille, die Militarisierung nach innen die andere. Das Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik stellt fest, dass Innere und Äußere Sicherheit nicht mehr zu trennen seien und zieht daraus den Schluss, das man über den vermehrten Einsatz der Bundeswehr – zum Beispiel bei der Terrorbekämpfung – nachdenken müsse. Selbst das Grundgesetz sollte dafür geändert werden. Dagegen haben wir, zusammen mit anderen Fraktionen, bisher erfolgreich Widerstand geleistet. Hier gilt es weiter wachsam zu sein.

Was den Einsatz der Bundeswehr im Inneren betrifft, haben Ulla Jelpke als innenpolitische Sprecherin und ich als verteidigungspolitischer Sprecher eine Reihe von parlamentarischen Initiativen entfaltet, nicht zuletzt gegen den massiven Bundeswehr-Einsatz beim G-8-Gipfel in Heiligendamm.

Wir sind auch dem Versuch der Bundeswehr entgegengetreten, sich über die sog. militärisch-zivile Zusammenarbeit im Rahmen des Katastrophenschutzes neue Legitimation zu verschaffen. Ich habe Informationsmaterial erarbeitet, das vor allem als Handreichung für Aktivitäten unserer PolitikerInnen vor Ort nützlich war.

Der Kampf gegen Militarismus verlangt auch die ständige Auseinandersetzung mit geschichtsrevisionistischen und ultrareaktionären Tendenzen in der Traditionspflege der Bundeswehr (alleine schon manche Kasernennamen sprechen für sich). Dazu gehört auch, sich für diejenigen einzusetzen, die ihre Konsequenzen aus dem verantwortungslosen Militarismus gezogen haben und dafür jahrzehntelang gedemütigt und entwürdigt wurden: Die Weltkriegsdeserteure und die sogenannten Kriegsverräter, die bis heute diskreditiert werden. In Köln setze ich mich für das geplante große Deserteursdenkmal ein, im Bundestag unterstützte ich die Initiative zur Rehabilitierung der „Kriegsverräter“.

Friedensarbeit vor Ort

Um die örtliche Arbeit von Friedensinitiativen zu fördern und um die Öffentlichkeit mehr für die militärischen Standorte in NRW zu sensibilisieren, habe ich im Frühjahr 2008 den „Rüstungsatlas NRW“ herausgegeben, der inzwischen Nachahmung in fast allen Bundesländern gefunden hat. Der Rüstungsatlas war auch Anlass für lokale Veranstaltungen über den Rüstungsstandort NRW und eine zusammen mit Inge Höger initiierte landesweite Arbeitskonferenz „Rüstung und Abrüstung in NRW“ am 23. Februar 2008 in Dortmund. Es wird darauf ankommen, die dort zusammengetragenen Erkenntnisse weiterzuentwickeln und durch Konversionsvorschläge zu ergänzen.

Truppenbesuche haben für mich vielfach doppelte Funktion: Es geht darum, mehr Wissen über die Bundeswehr zu erhalten und dieses Wissen für die militärkritische Arbeit im Bundestag zu nutzen. Zum anderen geht es um Unterstützung für Friedensgruppen vor Ort.

So habe ich es bei der „Kasernentour `08“ gehalten. Sie führte mich vom Kommando Strategische Aufklärung in Rheinbach, über das Kommando Luftoperationen in Kalkar, das Luftwaffenführungskommando in Köln-Wahn bis zum Transporthubschrauberregiment in Rheine. Ich habe dabei entweder, wo das möglich war, Friedensleute vor Ort einbezogen, und/oder den Besuch mit örtlichen Veranstaltungen („Der Krieg beginnt vor der Haustür“) verbunden. So in Aachen, Euskirchen, Geilenkirchen, Hemer, Kleve, Rheine.

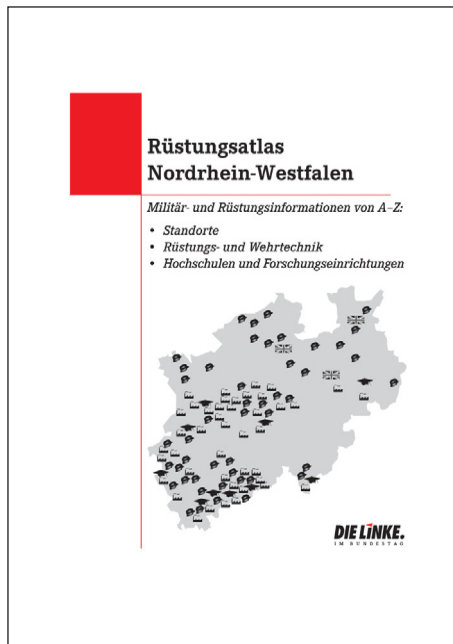
Friedenspolitik vor Ort ist etwas sehr Praktisches. Es geht darum, die örtlichen Initiativen zu unterstützen, ob es sich dabei um die Bürgerinitiative gegen Fluglärm in Nörvenich, oder gegen die Munitionstests im belgisch deutschen Grenzgebiet handelt. Oder um die Bewegungen gegen das Bombodrom in Wittstock oder das Truppenübungszentrum Altmark. Hier wurde ich jeweils im Rahmen meiner Möglichkeiten aktiv, besichtigte die Orte und kümmerte mich darum, die

für den politischen und juristischen Streit vor Ort benötigten Informationen zu besorgen.

Gesellschaftlichen Dialog intensivieren

Die Friedensbewegung in ihrer ganzen Vielfalt war, ist und bleibt ein zentraler Ansprechpartner für eine Partei, die sich als Anti-Kriegspartei versteht. Es geht dabei um

- Dialog und Gedankenaustausch: Das haben wir in Form des bereits erwähnten „Runden Tisches“ dauerhaft etabliert.
- gemeinsame Aktion: Wir haben die zentralen Afghanistan-Demos und die Afghanistan-Konferenz Hannover mitgetragen und sind auch bei der Mobilisierung zum NATO-Gegengipfel stark vertreten. Ich habe, wie viele andere MdBs, zahlreiche Aufrufe unterzeichnet: Ostermarsch Ruhr, Weihnachtsbotschaft des Kasseler Friedensratschlags, und und und
- das Anliegen der außerparlamentarischen/zivilgesellschaftlichen Gruppen im Parlament aufgreifen: Dazu gehören Einzelanfragen von Bürgerinitiativen ebenso wie die Forderung nach mehr Mitteln für den Zivilen Friedensdienst.
- finanzielle Unterstützung: In meinem Fall heißt das monatlich Spenden von mehreren hundert Euro an Friedensinitiativen.



Für meine Arbeit war es auch wichtig, den Kontakt mit der Friedens- und Konfliktforschung zu pflegen und weiterzuentwickeln. Deshalb habe ich zusammen mit dem außenpolitischen Sprecher der Fraktion, Wolfgang Gehrcke, Anfang 2007 eine Rundreise zu den wichtigen Einrichtungen der Friedensforschung





konnte, das Eis zu brechen. Wolfgang Gehrcke und ich hatten auf die Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) „Aus Gottes Frieden leben für – gerechten Frieden sorgen“ geantwortet und konnten in ein intensives Gespräch mit Vertretern der EKD einsteigen. Zu Tagungen der Evangelischen Akademien Loccum und Arnoldshain über diese EKD-Denkschrift war ich als Referent geladen. Auch bei Konferenzen der katholischen Vereinigungen Pax Christi und Justitia et Pax war ich vertreten. Da für mich zum gesellschaftlichen Dialog auch das Gespräch mit kritischen Soldatinnen und Soldaten gehört, bin ich auch im Beirat der nun seit 25 Jahren bestehenden Vereinigung „Darmstädter Signal“ engagiert.

Solidarität!

Es gehört zum Alltag eines MdB, diejenigen solidarisch zu unterstützen, die misshandelt, gedemütigt, zu Unrecht verfolgt werden, die sich in anderen Ländern oder international für die gleichen Ziele einsetzen. Unter diese Rubrik fallen beispielsweise:

– Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg (IFSH), Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Internationales Konversionszentrum in Bonn (BICC), Institut für Frieden und Demokratie in Hagen, Institut für Theologie und Frieden Hamburg, Zentrum für Friedens- und Konfliktforschung Marburg, IANUS Darmstadt unternommen. Wir haben dort die Gelegenheit genutzt, unsere friedenspolitischen Positionen bekannter zu machen. Dieser Verbindung zur kritischen Friedensforschung dient auch meine Tätigkeit im Beirat der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit. Auf einer international hochrangig besetzten Konferenz der HSFK zum Thema Raketenabwehr vom 24. bis 25. Juni 2008 in Berlin konnte ich unsere Alternativen zur US-Raketenabwehr vortragen.

Meinem Arbeitsverständnis entspricht es, dass wir nur vorankommen, wenn wir einen breiten Dialog mit anderen gesellschaftlichen Gruppen entwickeln. Auf dem Feld der Friedenspolitik kommt man beispielsweise an den Kirchen nicht vorbei, in deren Reihen sich sehr viele Menschen für eine gerechte Globalisierung („Eine Welt“) und für friedliche Konfliktbearbeitung engagieren. Aber das Verhältnis von Kirchen und LINKEN ist traditionell überaus schwierig. Daher bin ich sehr froh darüber, dass ich dazu beitragen

- Die Einladung georgischer Friedensfreunde,
- Prozessbeobachtung in Genua – Polizeiübergriffe beim G-8-Gipfel 2005,
- Unterstützung für US-Kriegsdienstverweigerer bzw. Deserteure durch Einladung an US-AktivistInnen,
- Offene Briefe
- Spenden
- die Unterstützung von Hayat-TV, einem Fernsehsender, der für Völkerfreundschaft und Solidarität eintritt,
- Libanon-Demo,
- Reise nach Venezuela mit Engagierten des Studierendenverbandes Linke/SDS

Wie man aus der Bilanz ersieht: Es war eine arbeitsreiche Zeit: das Unbehagen in der Bevölkerung gegenüber der Macht- und Interventionspolitik der Bundesregierung und die Ablehnung der Militäreinsätze ist gewachsen. Vor allem aber wurde unser friedenspolitisches Profil gefestigt und gestärkt. Unsere Forderungen und Inhalte erzielten eine größere Resonanz. Diese Arbeit gilt es in den nächsten vier Jahren energisch fortzusetzen. Dazu möchte ich beitragen.

Ausgewählte Anträge und Reden

- Rüstungsexporte [16/11407](#) und Rede vom [18.12.08](#)
- Keine Beteiligung an der EU-Mission ATALANTA: [Entschlie-](#)
[Bungsantrag 16/11423](#) und Rede vom [19.12.08](#)
- Internationale Ächtung des Söldnerwesens und Verbot der Er-
bringung militärischer Dienstleistungen durch Privatpersonen
und Unternehmen [16/11375](#)
- Keine NATO-Erweiterung – Sicherheit und Stabilität mit und
nicht gegen Russland [16/11247](#) und [Rede vom 22.1.09](#)
- (EA) Keine Beteiligung der Bundeswehr an OEF [16/10829](#),
[16/6971](#), [16/3151](#) und Reden vom [4.11.08](#) und
[15.11.07](#)
- (EA) Keine Beteiligung der Bundeswehr an ISAF [16/](#)
[10479](#), [16/6660](#), [16/6461](#), [16/2623](#) und Rede vom
[16.10.08](#)
- Abzug der Bundeswehr aus Südafghanistan [16/9418](#) und
Rede [Rosstäuschertricks in der Grauzone \(05.06.2008\)](#)
- (EA) Reduzierung des Verteidigungshaushaltes [16/11050](#),
[16/7315](#) und Reden vom [18.9.08](#) und [12.9.07](#)
- Das Ratifizierungsverfahren zum Vertrag von Lissabon ausset-
zen – Ein Sozialprotokoll vereinbaren [16/8879](#)
- Konsequente Energiewende statt Militarisierung der Energie-
außenpolitik [16/8881](#)
- Keine deutschen Soldaten für eine schnelle Eingreiftruppe zur
Verfügung stellen – Rechtswidrige Kriegshandlungen beenden
[16/7890](#)
- (EA) Für mehr Abrüstung [16/7791](#), [16/2999](#) und Reden
vom [18.1.08](#) und [30.3.07](#)
- Für ein sofortiges Verbot von Streumunition in Deutschland
[16/7767](#) und Rede vom [30.5.08](#)
- EU-AKP-Abkommen: Faire Handelspolitik statt Freihandelsdik-
tät [16/7473](#)
- Stärkung der parlamentarischen Beteiligung bei der Entschei-
dung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland
(Parlamentsbeteiligungsgesetz) [16/6646](#) und Rede vom
[24.10.07](#)
- Für die soziale Rehabilitation von Kindersoldaten eintreten
[16/6358](#)
- Keine deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom
in Afghanistan [16/6098](#)
- Keine Ausweitung der Inlandseinsätze der Bundeswehr [16/](#)
[6036](#)
- (EA) Keine Beteiligung an AMIS [16/5618](#)
- Keine neuen Raketen in Europa – stattdessen Stärkung der
globalen Sicherheit durch Rüstungskontrolle und Abrüstung
[16/5456](#) und Rede vom [21.3.07](#)
- Keine deutsche Beteiligung an der Europäischen Verteidi-
gungsagentur [16/4489](#)
- Stopp von staatlichen Bürgschaften für Rüstungsexporte
[16/3697](#) und Rede vom [21.6.07](#)
- NATO-Gipfel in Riga für Abrüstungsinitiativen nutzen [16/](#)
[3280](#) und Rede vom [10.11.06](#)
- Keine Unterstützung für die indische Atomrüstung [16/1445](#)
- Abzug der Atomwaffen aus Deutschland [16/448](#)

Eine Übersicht aller von mir in dieser Legislaturperiode im Bun-
destag gestellten Anträge findet sich unter

http://www.paulschaefer.info/seite.asp?ID=antraege_a

Ausgewählte Reden zu Anträgen der Regierung und anderer Fraktionen:

- Chemiewaffenverbot darf nicht aufgeweicht werden
[10.04.2008](#)
- Es ist an der Zeit, die Wehrpflicht aufzuheben [13.03.2008](#)
- KSE-Krise als Abrüstungschance: Neue Ansätze erforderlich
[13.12.2007](#)
- Jungs Abschusspläne „verschieben rechtsstaatliche und mora-
lische Maßstäbe“ [19.09.2007](#)
- Nein zur Entsendung der Tornados! [28.02.2007](#)
- LINKE bleibt Partei der Abrüstung [19.10.2006](#)
- Zivile Konzepte und Konfliktprävention müssen ein entschei-
dendes Gewicht bekommen [19.10.2006](#)
- EU-Militäreinsatz im Kongo ist weder notwendig noch zu ver-
treten [15.05.2006](#)
- Fußball-WM darf nicht zur Militarisierung im Innern miss-
braucht werden [09.02.2006](#)
- Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt
[02.12.2005](#)

Eine Übersicht aller von mir in dieser Legislaturperiode im Bun-
destag gehaltenen Reden findet sich unter

http://www.paulschaefer.info/seite.asp?ID=reden_a

Ausgewählte Kleine Anfragen

- Umsetzung der Wehrpflicht [16/8319](#), [16/5390](#), [16/](#)
[1557](#), [16/542](#)
- Einsatz der Bundeswehr bei der Münchner Sicherheitskonfe-
renz und Verwendung von Bundesmitteln [16/11587](#), [16/](#)
[7720](#)
- Stattgefundene und geplante Amtshilfe- und Unterstützungs-
leistungen der Bundeswehr im Inland [16/11276](#), [16/](#)
[10218](#), [16/9402](#), [16/8313](#), [16/7228](#)
- Einsatz von Streitkräften gegen Piraten und Maßnahmen
zur Vermeidung von Piraterie vor der Küste Somalias [16/](#)
[11021](#)
- Wehrpflicht und Musterungspraxis [16/10924](#)
- Kosten deutscher Auslandseinsätze [16/10482](#)
- Gelöbnis der Bundeswehr am 20. Juli 2008 [16/10153](#)
- EUFOR Tschad/ZAR [16/9256](#)
- Haltung der Bundesregierung zu so genannten nichtletalen
Waffen [16/9050](#)
- Militärisch gelenkte Öffentlichkeit durch Natochannel.tv und
Bundeswehr TV [16/9005](#)
- Lagerung und Einsatz von Uranmunition und die Auswirkungen
für die Bevölkerung [16/8735](#)
- Finanzierung von Forschungsvorhaben und -einrichtungen in
Nordrhein-Westfalen durch das Bundesministerium der Ver-
teidigung [16/7386](#)
- Zugang zum Denkmal für die antimilitaristischen Matrosen
Max Reichpietsch und Albin Köbis auf dem Gelände der Luft-
waffenbasis Köln-Wahn [16/6670](#)
- Abschuss von Passagierflugzeugen auf Befehl des Bundesmi-
nisters der Verteidigung [16/6671](#)
- Afghanistan – Statistische Erfassung der Kriegsoffer [16/6068](#)

Die mit dem Zeichen [☞](#) markierten Dokumente können bei bestehender Internetverbindung direkt per Mausclick aufgeru-
fen werden. Alle hier aufgeführten Dokumente können auch in Papierform in meinem Büro angefordert werden: Paul Schäfer,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin; paul.schaefer@bundestag.de

- Umsetzung des Grundsatzes „Neu für Alt“ bei Exporten von Kleinwaffen [16/5557](#)
- Einsatz der Tornado-Flugzeuge im Rahmen von ISAF und OEF [16/5517](#), [16/4290](#)
- Zivile Nutzung des Militärflugplatzes Jagel [16/4944](#)
- Konsequenzen der Raketenabwehrsysteme der NATO und der USA für die nukleare Abrüstung und die europäische Sicherheit [16/4469](#)
- Überwachung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie der Fraktion DIE LINKE. durch den Verfassungsschutz [16/4311](#), [16/1590](#), [16/3964](#)
- Nutzung des Mitteldeutschen Flughafens Leipzig/Halle für militärische Zwecke [16/4122](#)
- Unterstützungsleistungen für Auslandseinsätze am Heereslogistikstandort Aachen [16/4034](#)
- Zur künftigen Nutzung des Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide [16/3770](#)
- Zivil-militärische Zusammenarbeit [16/3385](#)
- Bilanz der Operation Active Endeavour [16/3238](#)
- Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der „Operation ENDURING FREEDOM“ [16/2899](#)
- Folgen der Munitionstests auf dem belgischen Truppenübungsplatz Elsenborn für den Nationalpark Eifel [16/2603](#)
- Das Bundesministerium der Verteidigung als Drittmittelgeber für Hochschulen [16/2368](#)
- Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe [16/1960](#)
- Die Finanzierung militärischer Einsätze der Europäischen Union über den ATHENA Mechanismus [16/1551](#)
- Kasernennamen und das Traditionsverständnis der Bundeswehr [16/1387](#)
- Umgang der Bundesregierung mit Söldnern, Söldnerfirmen, privaten Sicherheits- und Militärdienstleistungsunternehmen [16/1196](#)
- Bedeutung der Sammelausfuhrgenehmigung und Gemeinschaftsprogramme für Rüstungsexporte [16/779](#)
- Atomwaffen in Deutschland [16/424](#)
- Einsatz von weißer Phosphormunition im Irak [16/79](#)

Eine Übersicht von mir in dieser Legislaturperiode im Bundestag eingebracht und unterstützter Initiativen findet sich unter http://www.paulschaefer.info/seite.asp?ID=initiativen_a

Ausgewählte Publikationen

- Paul Schäfer, Wolfgang Gehrcke: Deutschland verweigert den Kriegsdienst – ein Vorschlag für eine friedenspolitische Leitlinie der Bundestagsfraktion der Linkspartei, 2005 [ansehen](#)
- Anmerkungen zur EKD-Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“. Brief der Bundestagsabgeordneten Paul Schäfer und Wolfgang Gehrcke an den Ratsvorsitz

- zenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Wolfgang Huber, 11/07 [ansehen](#)
- Deutschland als internationaler Kriegsdienstverweigerer, in: WeltTrends – Zeitschrift für internationale Politik, No. 59 – März/April 2008 [ansehen](#)
- „Schritte zur Abrüstung“: Antworten auf den Fragenkatalog der DFG-VK, 08/06 [ansehen](#)
- Aufrüstung um jeden Preis, Stellungnahme zum Verteidigungshaushalt 2009, 10/08 [ansehen](#)
- Militär und Rüstung in NRW: Ansätze zu Kritik und Protest. Dokumentation der Konferenz „Frieden, Abrüstung und Konversion in NRW“, Dortmund, 23.02.08 [ansehen](#)
- Paul Schäfer, Wolfgang Gehrcke: Schwarzbuch zur Militär- und Sicherheitspolitik Deutschlands, 03/07 [ansehen](#)
- Rüstungsatlas Nordrhein-Westfalen, 01/08 [ansehen](#)
- Paul Schäfer, Norman Paech, Wolfgang Neskovic: Piraterie als Herausforderung für die internationale Gemeinschaft – Alternativen zur militärischen Logik bei der Bekämpfung von Piraterie, 12/08 [ansehen](#)
- US-Streitkräfte in Deutschland, Briefing 02/08 [ansehen](#)
- Aufbau der Polizei in Afghanistan, Briefing 11/07 [ansehen](#)
- Neuordnung der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit, Briefing 02/2007 [ansehen](#)
- Die deutsche Rüstungslobby, Briefing 09/08 [ansehen](#)
- AWACS in Afghanistan, Briefing 10/08 [ansehen](#)
- Deutsche Beteiligung an den Quick Reaction Forces in Afghanistan, Briefing, 01/08 [ansehen](#)
- Rekrutenmisshandlungen in der Bundeswehr: „Einzelfall“ Coesfeld? ZivilCourage 4/2008 [ansehen](#)
- Rüstungsatlas NRW – ein Werkzeug für Friedensinitiativen, in: Friedensjournal 4/2008 [ansehen](#)
- Rüstungshaushalt 2007: Pflege des Rüstungsbarocks, in: Friedensjournal 5/06 [ansehen](#)

Ausgewählte Studien

- „Sicherheitspolitische Alternativen zur NATO. Die internationalen Überlegungen zur Neubelebung der OSZE, der russische Vorschlag eines Europäischen Sicherheitsvertrages, eine kooperative Sicherheitsarchitektur – Schritte zur Auflösung der NATO“, Otmar Steinbicker, 01/09
- „NATO und Rüstungskontrolle/Abrüstung Rückblick und 16 Empfehlungen für eine Abrüstungspolitik der NATO“, Jerry Sommer, 01/09
- „Das Atomprogramm des Irans – Aspekte einer erneuten Bestandsaufnahme“, Otfried Nassauer, 12/08
- „Chancen und Hindernisse für einen KSE-III-Vertrag. Vorschläge für weitere Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa“, Jerry Sommer, 01/08
- „Der Iran und die Nukleare Option. Akteursinteressen und die Suche nach einer diplomatischen Lösung“, Otfried Nassauer, 03/06

Die mit dem Zeichen [ansehen](#) markierten Dokumente können bei bestehender Internetverbindung direkt per Mausclick aufgerufen werden. Alle hier aufgeführten Dokumente können auch in Papierform in meinem Büro angefordert werden: Paul Schäfer, Platz der Republik 1, 11011 Berlin; paul.schaefer@bundestag.de